

ANFRAGE von Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil) und Franziska Frey-Wettstein (FDP, Zürich)

betreffend Auswirkungen einer Reduktion des Steuerfusses um 20 % auf den Bereich Bildung

In einer Motion (KR-Nr. 199/1999) fordern Vertreter der SVP, dass der Regierungsrat im Rahmen von Budgetierung und Finanzplanung die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen habe, damit der Steuerfuss für die Staatssteuern um mindestens 20 % gesenkt werden kann. In seiner ablehnenden Antwort führt der Regierungsrat aus, dass bei einer Steuerfuss-senkung von 20 %, was einem Ertragsausfall von 600 Millionen entsprechen würde, auch die staatlichen Kernaufgaben wie die Leistungen im Bildungswesen massiv gekürzt werden müssten. Trotz der ablehnenden Haltung des Regierungsrates kündigte die SVP in ihrer Medienmitteilung vom 19. August 1999 an, bei der diesjährigen Festsetzung des Staatssteuerfusses einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Im Juni 1999 veröffentlichte der Bildungsdirektor sein Konzept für die Zürcher Volksschulreform. Die nach unserer Beurteilung dafür sehr tief eingeschätzten notwendigen Investitionen werden mit rund 70 Mio. Franken und die jährlich wiederkehrenden Kosten für den Kanton mit zirka 22 Mio. Franken angegeben.

Wir fragen den Regierungsrat an:

1. Welche Leistungen müssten bei einer Senkung der Staatssteuern um 20 % im Bildungsbereich kurz-, mittel- und langfristig abgebaut werden? Existieren entsprechende Szenarien in der Bildungsdirektion? Wenn ja, welche Massnahmen sehen sie vor?
2. Bedeutete die geforderte Senkung der Staatssteuer um 20 % das Aus für die Volksschulreformen?
3. Welche Reformen im Bildungswesen erachtet der Regierungsrat als unabdingbar und würde sie trotz massivem Spardruck umsetzen? Wie würde er sie finanzieren? Über Leistungsabbau in anderen Bereichen, über die Einführung von Schulgeldern und die Erhöhung von Kursgebühren, über eine Mehrbelastung der Gemeinden, über Sponsoring?
4. Würde der Regierungsrat bei einer Senkung der Staatssteuer zur Entlastung des Staatshaushaltes einzelne Angebote des staatlichen Bildungswesens privatisieren? Wenn ja, welche Angebote kämen für den Regierungsrat für eine allfällige Privatisierung in Frage und welche nicht?

Julia Gerber Rüegg
Franziska Frey-Wettstein